



Reformierte Kirchen
Bern-Jura-Solothurn
Églises réformées
Berne-Jura-Soleure

FÜR DIE GLOBALISIERUNG DER GERECHTIGKEIT

*Die Reformierten Kirchen Bern-Jura-Solothurn
als Teil der weltweiten ökumenischen Bewegung*

Policy des Synodalrats, 2003

Policy

Verabschiedet vom Synodalrat
am 10. September 2003

Basierend auf dem Grundlagenpapier
erarbeitet im Auftrag des Synodalrats
www.refbejuso.ch

Projektgruppe

Uli Geisler, AG Oekumene
Matthias Hui, Fachstelle OeME
Helmut Kaiser, AG HEKS
Irene Meier, Synodemitglied
Walter Rohrer, Fachstelle Gesellschaftsfragen
Susanne Schneeberger, Fachstelle OeME
Werner Zingg, ehem. Synodemitglied
Albert Rieger, Leiter Bereich OeME/Migration

Bestelladresse

Kirchen Bern-Jura-Solothurn
Zentrale Dienste
Postfach
3000 Bern 23
Telefon 031 370 28 28
Fax 031 370 28 90
Mail zd@refbejuso.ch

EINLEITUNG

Die vorliegende Policy ist eine Standortbestimmung der Reformierten Kirchen Bern-Jura-Solothurn zum weltweiten Prozess der Globalisierung. Sie ist das Resultat eines zweijährigen, intensiven und phasenweise kontrollierten Dialogs in unserer Kirche und in einer weiteren Öffentlichkeit.

Unsere Kirche versteht sich als Teil der weltweiten ökumenischen Bewegung. Der Reformierte Weltbund hat bereits 1997 seine Mitgliedkirchen aufgerufen, «auf allen Ebenen in einen verbindlichen Prozess des Bekennens bezüglich wirtschaftlicher Ungerechtigkeit und ökologischer Zerstörung einzutreten». Die vorliegende Standortbestimmung ist unsere Antwort auf diesen Aufruf. Sie wird dem Reformierten Weltbund anlässlich seiner Generalversammlung durch die Delegierten

des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbunds (SEK) in Accra (Ghana) im August 2004 übergeben werden.

Im unserer Region will diese Policy die innerkirchliche Diskussion weiterführen und neu anregen. Gleichzeitig wollen wir mit ihr den Dialog mit Verantwortlichen in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft sowie mit der globalisierungskritischen Bewegung anstossen und vertiefen.

Hintergrund dieser Policy ist das ausführliche **Grundlagendokument** «Für die Globalisierung der Gerechtigkeit», das von einer Projektgruppe im Auftrag des Synodalrates erarbeitet wurde. Für eine vertiefte Auseinandersetzung mit dem Thema empfehlen wir, dieses Grundlagendokument zu konsultieren

(Bestelladresse: Reformierte Kirchen Bern-Jura-Solothurn, Zentrale Dienste, Postfach, 3000 Bern 23, bzw. www.refbejuso.ch).

Im **ersten Teil** dieser Policy wird die Globalisierung in einem theologischen und ethischen Rahmen dargestellt; im **zweiten Teil** werden die Grundzüge der wirtschaftlichen Globalisierung beschrieben und mit Beispielen veranschaulicht; im **dritten Teil** werden Handlungsvorschläge für Kirche und Gesellschaft skizziert.



I. DIE GLOBALISIERUNG IM ANSPRUCH DER GERECHTIGKEIT

Es gehört zum Kern des Auftrages der reformierten Kirche, dass sie sich für eine gerechte Gesellschaft einsetzt. Dies beinhaltet, dass sie die Ursachen von Ungerechtigkeit erkennt, öffentlich macht und mit Beharrlichkeit, Konsequenz, Radikalität und Sachkompetenz Wege zu deren Überwindung ausarbeitet, anbietet und unterstützt. Dies gilt besonders im Kontext der Globalisierung: «Globalisierung [ist eine] Bezeichnung für die Entstehung weltweiter Märkte, das heisst, die zunehmende Internationalisierung des Handels, der Finanz-, Waren- und Dienstleistungsmärkte sowie die internationale Verflechtung der Volkswirtschaften. Der Globalisierungsprozess wird v. a. durch neue Technologien im Kommunikations-, Informations- und Transportwesen, neue Organisationsformen der betrieblichen Produktionsprozesse sowie Liberalisierungs- und Deregulierungsmassnahmen in vielen Ländern vorangetrieben; Hauptakteure sind

multinationale Unternehmen (auch Multis, Global Players genannt).»
(in: Die Volkswirtschaft, Bern, 1/2002)

Weil diese Globalisierung kontrovers diskutiert und eingeschätzt wird, ist es unabdingbar, sie aus der Perspektive der Ethik zu betrachten:

- Die einen sehen die Globalisierung als Chance für die Steigerung des Wohlstandes für alle, eine Verbesserung von Lebensstandard und Lebensqualität und als die einzige Möglichkeit, um die weltweiten ökologischen Probleme effizient zu lösen.
- Für andere ist die Globalisierung zum Alptraum einer Ökonomie geworden, welche weder soziale noch ökologische Werte kennt, die Lebensverhältnisse der Menschen in den armen Ländern verschlechtert, die Zerstörung der natürlichen Lebensgrund-

lagen beschleunigt und allein die isolierte Schaffung von Marktwerten (Gewinn, Shareholdervalue) zum Ziel hat.

Als reformierte Kirche erkennen wir, dass wir erstens Teil dieser Globalisierung sind und dass wir zweitens als Kirche in diesem Spannungsfeld der widersprüchlichen Einschätzung stehen. Drittens vertreten wir mit allem Nachdruck die Auffassung, dass die Globalisierung ethisch gestaltbar ist und gestaltet werden muss. Die ethische Gestaltung der Globalisierung orientiert sich an den folgenden Voraussetzungen, Fragestellungen, Grundhaltungen, Perspektiven:

1 Lebensdienlichkeit

Wirtschaft gibt es, weil es den Menschen gibt, und Wirtschaft hat vorrangig dem Leben zu dienen. Eine solche lebensdienliche Wirtschaft stellt erstens den Menschen mit seinen

Bedürfnissen in den Mittelpunkt und zweitens wird die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen zum vorrangigen Ziel. Lebensdienlichkeit meint, dass Bedürfnisgerechtigkeit und Nachhaltigkeit grundlegende Ziele des Wirtschaftens sind.

2 Sinn- und Legitimationsfrage

Die Wirtschaft und das Wirtschaften haben keinen Selbstzweck, vielmehr steht das Wirtschaften immer im Dienste der Lebensdienlichkeit. Die Lebensdienlichkeit stellt zwei Fragen:

- Die Sinnfrage: Welche Werte sollen geschaffen werden? Mit dieser Frage sind die Zielrichtung und der Zweck des Wirtschaftens angesprochen.
- Die Legitimationsfrage: Für wen sollen die Werte geschaffen werden? Mit dieser Legitimationsfrage wird die gerechte Gestaltung unserer Gesellschaft thematisiert und eingefordert.

3 Radikalität statt Extremismus

Der Auftrag der Reformierten Kirche erhält durch seine Tradition (Propheten des Alten Testaments, Neues Testament, Zwingli und Calvin) eine besondere Radikalität. Radikalität darf nicht mit Extremismus verwechselt werden, sondern meint, ein Problem in seinen Ursachen anzugehen. So heisst es in der Verfassung unserer Landeskirche: Die Kirche «bezeugt, dass das Wort Gottes für alle Bereiche des öffentlichen Lebens, wie Staat und Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur gilt. Sie bekämpft daher alles Unrecht sowie jede leibliche und geistige Not und ihre Ursachen.»

4 Perspektive der Betroffenen

Die reformierten Kirchen Bern–Jura–Solothurn sind Teil einer weltweiten Kirche. Deshalb versuchen wir, eine globale Verantwortung wahrzunehmen: Wir verpflichten uns, die Perspektive der Betroffenen, der Opfer und der Ver-

liererInnen der Globalisierung in unsere Analyse einzubeziehen.

Fazit

Wird die Globalisierung diesem hier beschriebenen vierfachen Anspruch der Gerechtigkeit in der jüdisch-christlichen Tradition ausgesetzt, so wird es unmöglich, Fortschritt allein auf Wirtschaftswachstum, Freiheit auf Marktfreiheit und Gerechtigkeit auf Tauschgerechtigkeit zu reduzieren. Vielmehr geht es um eine Globalisierung der Gerechtigkeit, zu der unabdingbar Solidarität, Partizipation und die Bewahrung der Schöpfung gehören. Zu den Aufgaben der Reformierten Kirchen Bern–Jura–Solothurn gehört es, diesen Anspruch stets neu an die globalisierte Wirtschaft zu stellen und dessen Realisierung einzufordern.



II. GLOBALISIERUNG DER GERECHTIGKEIT – DIE ALTERNATIVE ZUR HEUTIGEN SITUATION

1. Übermacht von Markt und Wettbewerb

Markt und Wettbewerb beeinflussen unser Leben auf wirtschaftlicher, politischer und privater Ebene. Der Einfluss der Globalisierung zwingt uns, die Leistung des Individuums und den Wettbewerb aller gegen alle als zentrale Werte hochzuhalten. Wir sollen unsere menschlichen Beziehungen, unser Verhältnis zur Natur und letztlich unsere Daseinsberechtigung als Menschen den Kräften des freien Marktes und der damit verbundenen Frage nach dem Nutzen unterwerfen. Damit werden Werte wie Solidarität, gegenseitige Unterstützung und Kooperation ausgehöhlt und gefährdet.

VerfechterInnen der ökonomischen Globalisierung handeln widersprüchlich. Einerseits reden sie vom Markt als Regulator und verlangen weltweite Marktöffnung auf allen Ebenen. Andererseits betreiben sie, wo es eigenen Interessen nützt, eine protektionistische Wirtschaftspolitik, die sie machtvoll durchsetzen. So werden Hindernisse im Handel von reichen mit armen Ländern weggeräumt, in umgekehrter Richtung jedoch nicht. Der Wettbewerb ist gesteuert, die Globalisierung wird zur Einbahnstrasse.

Globalisierung der Gerechtigkeit

Wir vertreten öffentlich, dass der Markt sich in einen sozial-ökologischen Rahmen einbinden lassen muss. Weltweit sollen langsame Marktöffnungen mit feingliedrigen, an lokale Bedingungen angepassten staatlichen Regulierungen möglich sein. Die Schweiz muss bereit werden, Exportsubventionen, die für den Süden verheerende Folgen haben (exemplarisch in der Zuckerproduktion), allmählich abzuschaffen.

Beispiele

Schutzzölle für die einheimische Stahlindustrie durch die Vereinigten Staaten von Amerika

*Im März 2002 verhängten die USA Schutz-
zölle von bis zu 30 Prozent auf gewisse
Stahlprodukte. Durch diese Zölle werden
China, Japan, Südkorea, Russland und die
Ukraine schwer getroffen, die bisher billigen
Stahl für die Autoindustrie in die USA
exportieren konnten.*

Die Schweizer Landwirtschaft – nachhaltige Entwicklung braucht Schutz

*Über die Produktion hinaus erfüllt unsere
Landwirtschaft zahlreiche Funktionen in den
Bereichen Ökologie, Tourismus, kulturelle
Tradition oder Beziehung zwischen Mensch
und Mitwelt. In der Produktionsweise von
Nahrungsmitteln widerspiegelt sich der
Respekt vor der Mitwelt. Deshalb darf sie
nicht auf ein rein technisch-ökonomisches
Geschäft reduziert werden. Dabei sind
regionale Strukturen sinnvoll. So wird das
Wissen einer naturgerechten, lokalen
Produktion erhalten, die regionale
Versorgung gesichert und die Nachteile
langer Transportwege (Energieverbrauch,
unreife Produkte usw.) werden vermieden.
Beides ist nur möglich, weil unser Staat –
anders als viele Regierungen im Süden –*

*vorderhand noch die vollständige und
sofortige Integration der Landwirtschaft in
den Weltmarkt abwehren kann: Direkt-
zahlungen sichern die Multifunktionalität
unserer Landwirtschaft und das Überleben
der Bauern und Bäuerinnen. Ökonomische
Regulationsmechanismen zum Nutzen der
Betroffenen schützen diese zu einem
gewissen Teil vor dem Globalisierungsdruck
der Welthandelsorganisation WTO.*

2. Der wachsende Graben zwischen Arm und Reich

Marktöffnungen ohne Regeln zum Schutze der Benachteiligten öffnen die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter. Dazu trägt auch die Politik des Internationalen Währungsfonds, der Weltbank, der Welt-handelsorganisation und der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit bei. Globalisierung, die auf einer Philosophie der Deregulierung der Märkte basiert, kennt keine solchen Regeln. Deshalb vergrößert ein Globalisierungskonzept, das nicht in nationale und internationale Strategien zur Bekämpfung der Armut integriert ist, den Graben zwischen Reich und Arm.

Dies bestätigt die Entwicklung in vielen afrikanischen Staaten mit besonderer Schärfe, in denen das Festlegen von Regeln aufgrund von politischer Instabilität, von Wirren und Kriegen bislang nicht möglich war. Was Regeln zum Schutze der Benachteiligten bewirken können, zeigt dagegen das Beispiel der asiatischen Staaten: Ihre Wirtschaftspolitik enthält liberale Elemente und eigene, an klaren Entwicklungszielen ausgerichtete Interventionen und hat so eine Verbesserung der Situation bewirkt.

Globalisierung der Gerechtigkeit

Wir setzen uns ein für eine liberale und demokratische Ordnungspolitik, welche die lokalen Bedingungen einbezieht und zum Ziel hat, die Anzahl der in extremer Armut lebenden Menschen (weniger als 1 US-Dollar pro Tag) bis ins Jahr 2015 zu halbieren.

Beispiele

Entwicklung der Armut

Wir stellen fest, dass immer noch 1,2 Milliarden Menschen mit einem Einkommen von weniger als einem Dollar pro Tag auskommen müssen – und dies nach Jahren der ökonomischen Globalisierung, welche Verbesserungen in der Armutsbekämpfung versprach. Die Schere zwischen Reich und Arm hat sich massiv geöffnet: 1980 verdienten die weltweit reichsten 20 Prozent der Menschen 45 mal mehr als die ärmsten 20 Prozent der Menschen, 1990 war es 60 und im Jahr 2000 80 mal mehr.

Afrika

In Afrika südlich der Sahara leben 11 Prozent der Weltbevölkerung, doch sie haben nur 1 Prozent Anteil am Welthandel. Nur 1 Prozent der ausländischen Direktinvestitionen fließen in diese Region. Diese Zahlen machen deutlich, dass es fast für den gesamten Kontinent Afrika in der Phase der sich rasant entwickelnden Globalisierung kaum Bestrebungen gab, Handelsströme zu verbessern, Kommunikationsnetze aufzubauen, Infrastruktur, Bildungseinrichtungen oder Gesundheitssysteme zu verbessern.

Afrika südlich der Sahara (ohne Südafrika)

bestreitet 75 Prozent seiner Exporte mit Rohstoffen und ist ganz besonders von deren tiefen Weltmarktpreisen betroffen. Politische Konflikte, Kriege, Korruption, der Mangel an Demokratie und Rechtssicherheit sowie AIDS verschärfen die Entwicklungsprobleme.

3. Dominanz der Finanzmärkte

Das Kapital fließt dorthin, wo schon Geld vorhanden ist und wo schnelle Gewinne versprochen werden. Es fehlt häufig dort, wo es eigentlich benötigt würde. Die Zahl und der Umfang internationaler Finanztransaktionen sind in den letzten Jahren unglaublich stark angestiegen, sodass zur Zeit nur etwa 2 Prozent der Geldbewegungen durch Handelsaktivitäten begründet sind. Täglich werden 1500 Milliarden Dollar Finanzkapital auf der Suche nach höheren Renditen verschoben. Dieses Spekulationskapital ist weitgehend für die Unsicherheit und Instabilität der Weltmärkte verantwortlich.

In einem Brief rufen uns die Evangelischen Kirchen Argentiniens auf: «Wir bitten Sie (...), uns zu helfen, das Joch der Auslandverschuldung zu erleichtern, das in dieser Situation Millionen Menschen Elend und Tod bringt. Angesichts der Ungerechtigkeit und Ungehörigkeit dieser Schulden steht nicht nur die Solidarität auf dem Spiel, sondern die Ethik selbst.»

Globalisierung der Gerechtigkeit

Wir unterstützen den Aufbau eines fairen Verfahrens zur Entschuldung armer Länder (Insolvenzverfahren). Wir setzen uns gemeinsam mit unseren Hilfswerken für eine Abgabe auf allen Devisentransaktionen ein (Tobin Tax).

Beispiele

Argentinien

Dieses südamerikanische Land steht beispielhaft für die Spirale der Verschuldung, aus der sich viele Länder nicht mehr befreien können. Vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch standen Überangebote von ausländischem Kapital und aufgedrängte Milliardenkredite. Zinserhöhungen und Veränderungen in der globalen Wirtschaft führten dann zu einer Schuldenkrise, die von den internationalen Finanzinstitutionen zur Durchsetzung neoliberaler Struktur-anpassungsprogramme missbraucht wurde. Diese Entwicklung wurde mitverursacht durch Korruption und Machtarroganz der herrschenden Schicht, die ihrerseits durch weitreichende Abhängigkeiten von der globalisierten Finanzwelt mitgetragen wurde.

Pensionskassen

Durch unsere Beiträge an die Pensionskassen sind wir mit diesem Phänomen verknüpft: Auch unser Geld spielt an den Finanzmärkten mit und geht dorthin, wo die Rendite hoch ist. Einerseits sind unsere Beiträge an der Unstabilität der Finanzmärkte mitbeteiligt, andererseits sind sie dem Risiko von Spekulationsverlusten ausgesetzt und durch grosse Schwankungen gefährdet, was wiederum Unsicherheit in unser soziales Gefüge hineinträgt.



4. Machtkonzentration und strukturelle Gewalt

Im Zuge der wirtschaftlichen Globalisierung findet eine zunehmende Ballung von Macht statt. Gleichzeitig werden demokratische Rechte sukzessive beschränkt. Internationale Organisationen, in denen finanzkräftige Staaten unverhältnismässig mehr Gewicht haben als arme Länder, und transnationale Konzerne dominieren die Festlegung der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Die weltweit breite Kritik an der wirtschaftlichen Globalisierung setzt ein bei dieser Machtkonzentration und bei der strukturellen Gewalt, die ausgeübt wird.

Netzwerkartig gruppieren sich Kirchen, Nicht-regierungsorganisationen, Gewerkschaften und bilden so als Zivilgesellschaft ein Gegengewicht. Sie fordern, dass die wichtigen Fragen nach einer menschengerechten Wirtschaft, nach Solidarität und Demokratisierung breit zur Diskussion gestellt werden. Viele Menschen engagieren sich kreativ und gewaltfrei auch in Protestaktionen. Dass es am Rande von Protesten zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen DemonstrantInnen und der Polizei kommt – durch Medienberichte ins Zentrum gerückt – akzeptiert die Kirche nicht.

Globalisierung der Gerechtigkeit

Wir versuchen, die Dynamik von Hass, Ohnmacht, Repression und bisweilen Zerstörung anzugehen und mit klaren Positionen einen Beitrag zur gewaltfreien Konfliktlösung zu leisten. Wir zeigen gleichzeitig die Zusammenhänge zwischen struktureller Gewalt, Hunger, Unterdrückung und unfriedlichen Formen von politischen Auseinandersetzungen auf. Wir setzen uns dafür ein, dass der Zivilgesellschaft das Recht gewährt wird, sich demokratisch an der Entscheidungsfindung zu beteiligen.

Beispiele

Der Internationale Währungsfonds IWF

Die heutigen Staaten delegieren immer mehr Kompetenzen zur Regulierung und Deregulierung der Weltwirtschaft an supranationale Institutionen wie den Internationalen Währungsfonds IWF, die Welthandelsorganisation WTO und die Weltbank. Diese Gremien sind nicht demokratisch aufgebaut, sondern werden in unterschiedlichem Grad von den wirtschaftlich Stärkeren bestimmt. Im IWF beispielsweise hängen die (Stimm-)Rechte weitgehend von der Kapitalmacht der Mitgliedstaaten ab.

Der IWF ist Gläubiger vieler verschuldeter Länder, legt aber auch Bedingungen für Umschuldungsverfahren fest. Dabei verlangt er von den Schuldnerländern, dass sie für mehr Exporte sorgen. Steuern und Schutzzölle, die den Export behindern, sollen abgeschafft, Privatisierungen gefördert und staatliche Ausgaben gekürzt werden. Dies bedingt, dass in Bereichen wie Bildung, Gesundheitsversorgung und öffentliche Dienste gespart wird. Darunter leidet die breite Bevölkerung.

Transnationale Konzerne

Unter den 100 grössten Wirtschaftseinheiten (Staaten und Konzerne) der Welt sind 49 Staaten und 51 transnationale Konzerne. Diese erwirtschaften Umsätze, die das Volkseinkommen ganzer Nationen übersteigen. Das Handeln der transnationalen Konzerne orientiert sich an der Gewinnoptimierung und ist nicht demokratisch legitimiert. Doch die Auswirkungen dieser Konzernpolitik auf die Lebenssituation von Menschen, auf die Menschenrechte und den Zustand der Mitwelt sind enorm.



5. Flexibilisierung der Menschen

Die Liberalisierung des Welthandels und Deregulierungen im Arbeitsrecht führen zu grossen Umbrüchen in der Beschäftigungssituation vieler Menschen. Einerseits wird scheinbar eine hohe Anzahl erwerbsloser Frauen und Männer als notwendiges Übel einer globalisierten Wirtschaft in Kauf genommen. Andererseits erhöht die Flexibilisierung der Arbeit den Druck auf ArbeitnehmerInnen bezüglich Mobilität, Leistung und permanenter Weiterbildung, damit sie den sich wandelnden Arbeitsplatzbedürfnissen entsprechen, welche der sich sehr schnell verändernde Markt braucht.

Diese Flexibilisierung kann eine Chance sein, führt aber vielfach zu Überforderung und Krankheit. Menschen, welche diesen vielfältigen Ansprüchen nicht genügen, finden immer seltener Arbeitsplätze und Solidarität im Wirtschaftsleben.

Diesen anhaltenden Druck beobachten wir in den Kirchgemeinden deutlich; Gesellschaften in Entwicklungsländern betreffen sie noch stärker.

Globalisierung der Gerechtigkeit

Die Kirche als Arbeitgeberin verpflichtet sich innerhalb ihrer Strukturen, faire Arbeitsbedingungen zu schaffen und sich dafür auch in Politik und Wirtschaft einzusetzen.

Beispiele

Guatemala

Hier werden Fabriken in deregulierten Freihandelszonen, sogenannte maquilas, immer bedeutungsvoller. Der Aufbau dieser Fabriken hat mit den Bedürfnissen der regionalen und nationalen Wirtschaft kaum etwas zu tun. Investoren werden angezogen, indem der Staat ihre Produktion von Zöllen, Steuern und gesetzlichen Verpflichtungen befreit. Die Fabriken produzieren ausschliesslich für den Export, und auch die Wertschöpfung wandert meist ins Ausland. Die gering qualifizierten Arbeitsplätze, die diese Investoren insbesondere für Frauen schaffen, zeichnen sich oft durch fast totale Rechtlosigkeit aus (keine Mindestlöhne, keine Abgeltungsregelungen für Überstunden, Gewerkschaftsverbot, Entlassung bei Schwangerschaft usw.). Der wirtschaftliche

und soziale Druck in Guatemala ist so stark, dass immer mehr Frauen bereit sind, auch unter diesen Umständen zu arbeiten. Diese Arbeitsbedingungen bewirken eine dauernde soziale Unsicherheit der Arbeiterinnen und entwerten ihr Menschsein.

Schweiz

Im Arbeitslosenversicherungsgesetz wird die Zumutbarkeit für einen Arbeitsweg auf zwei Stunden festgelegt. Ein Erwerbsloser, der in der näheren Region keine Arbeit findet, der seine Arbeitsaufgabe nicht verändern will und der nicht bereit ist, einen solchen Arbeitsweg in Kauf zu nehmen, auch wenn familiäre Gründe dagegen sprechen, kann im Arbeitsvermittlungsprozess ernsthafte Probleme erhalten.

6. Weltweite Deregulierung und wachsende Privatisierungstendenzen

Die gesellschaftlich-demokratische Kontrolle über viele Lebens- und Wirtschaftsbereiche wird zurückgedrängt durch eine Politik, die staatliche Aufgaben auf ein Minimum reduzieren und möglichst vieles der Freien Marktwirtschaft überlassen will. Eine derart globalisierte Wirtschaft, die sich nach der Wende 1989 zunehmend etabliert hat, orientiert sich weder an sozialen noch ökologischen Werten.

Vernunft wird auf Effizienz, Fortschritt auf Wachstum und die Freiheit der BürgerInnen auf die Marktfreiheit verkürzt. Demokratische Partizipation bei Entscheiden, deren Folgen das Leben vieler Menschen betreffen, wird der Freiheit von Waren- und Kapitalflüssen, von Arbeit und Rohstoffen untergeordnet. Lebenswichtige Güter wie Bildung, medizinische Versorgung, Nahrung und Wasser sind von dieser ökonomischen Perspektive betroffen. Sie prägt zudem die Debatten über die Patentierung von Lebewesen oder über gentechnische Entwicklungen.

Beispiele

Das Wasser

Am Wasser lässt sich beispielhaft zeigen, wie das Prinzip der globalen Deregulierung wirkt. Die Wassernutzung wird ökonomisiert, indem eine ausschliesslich gewinnorientierte Verteilung angestrebt wird. Nicht die nachhaltige Nutzung oder der Zugang aller Menschen zum Wasser sind primäre Ziele, sondern Profite für die beteiligten Unternehmen. Wichtig ist ein hoher Konsum, nicht der nachhaltige und sparsame Umgang mit dem knappen Gut Wasser. Dadurch kann ein wirtschaftliches Wachstum realisiert werden, doch langfristige soziale und ökologische Folgekosten bleiben unberücksichtigt.

Mehr als eine Milliarde Menschen haben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. Bei gleichbleibender Entwicklung wird dies im Jahr 2025 für jeden dritten Menschen gelten. Die PromotorInnen der Globalisierung setzen auf die Privatisierung der Wasserversorgung: So fordern etwa IWF und Weltbank mit ihren Strukturanpassungsprogrammen ärmere Länder dazu auf, die Wasserversorgung zu privatisieren.

Bolivien

In Cochabamba, Bolivien, beispielsweise wurde die Wasserversorgung privatisiert – auf Druck der Weltbank verknüpft mit Bedingungen zur Auszahlung von Krediten. Nach Übernahme der Wasserversorgung durch Privatunternehmen stiegen die Wasserpreise um 35 Prozent. Zehntausende BewohnerInnen der Stadt protestierten auf den Strassen, weil sie diese Verteuerung nicht bezahlen konnten. Als Folge wurde die Wasserversorgung wieder «entprivatisiert».

7. Ungleichheit zwischen den Geschlechtern

In ökonomischen Berechnungen wird die Betreuungs- und Reproduktionsarbeit von Frauen gänzlich ausklammert: Die Betreuungs-, Familien- und Hausarbeit wird offiziell nicht ausgewiesen; sie scheint nicht «marktwürdig», obwohl sie die Basis jeder Gesellschaft ist und unsere Zukunft sichert. Damit wird diese Arbeit unsichtbar gemacht und nicht öffentlich Wert geschätzt.

Die Globalisierung wirkt sich auf Frauen unterschiedlich aus. An vielen Orten wurde die Erwerbsquote von Frauen erhöht. Neue Arbeitsplätze sind entstanden, was für gut ausgebildete Frauen in Industrieländern Aufstiegschancen im Beruf bringen kann. Da aber sehr oft Vorsorgeeinrichtungen für Kinder fehlen, decken immer mehr Migrantinnen diesen Arbeitsbereich von Kinder- und Familienarbeit ab. Unbezahlte Arbeit wird also nicht unter den Geschlechtern neu verteilt, sondern von Frauen im Norden auf eingewanderte Frauen aus dem Süden verschoben.

Globalisierung der Gerechtigkeit

Wir analysieren innerhalb der Kirche die finanziellen Auswirkungen der Budgetposten systematisch auf beide Geschlechter (Gender-Budget-Analyse) und passen die Budget-Politik für eine verbesserte Gleichstellung der Geschlechter an.

Wir setzen uns ein für eine Analyse von Strukturanpassungsprogrammen innerhalb von IWF und Weltbank im Blick auf Geschlechter. Das heisst: Geschlechtsspezifische Auswirkungen von Entscheidungen werden für die Lebensrealitäten von Frauen und Männern analysiert. Alle Entscheidungen werden am Prinzip des gleichberechtigten Zugangs von Frauen und Männern zu Macht und Ressourcen ausgerichtet (gender mainstreaming).

Beispiele

Frauenarmut

Die Frauenarmut hat in den 90er Jahren unter den Strukturanpassungsprogrammen und mit wirtschaftlichen Krisen zugenommen. Über 70 Prozent der Armen sind Frauen. Die absolute Zahl von armen Frauen steigt, und zwar deutlich schneller als die Zahl der Männer. Dabei zeigen sich geschlechtsspezifische Unterschiede, wie ungleiche Arbeits-, Einkommens- und Besitzverteilung (Land) und Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung. Strukturanpassungsprogramme, wie sie vom IWF verschrieben werden, treffen Frauen besonders: sie sind einseitig auf die Erhöhung der Exportleistung angelegt und schreiben oft massive innerstaatliche Sparmassnahmen vor, die in sozialen Bereichen vorgenommen werden. Diese Verschlechterungen

versuchen die betroffenen Frauen mit zusätzlicher Anstrengung zu kompensieren, da sie verantwortlich für die Sorge um das Leben der Familie und der Gemeinschaft sind. Althergebrachte Asymmetrien zwischen den Geschlechtern werden auf diese Art vertieft und Ungleichheiten fortgeschrieben.

Lohnungleichheit

Weltweit ist keine Lohngleichheit zwischen den Geschlechtern erreicht. Im Durchschnitt betragen die Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen rund 20 Prozent, variieren jedoch stark nach Ländern und Branche.

Freiwilligenarbeit

Die Kirche profitiert stark von Freiwilligenarbeit, welche mehrheitlich von Frauen geleistet wird.

8. Die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen

Die Macht über das bebaubare Land, die Meere und Flüsse, das Trinkwasser, das Öl und das Gas werden durch Liberalisierung und Privatisierung der demokratischen Kontrolle entzogen. Internationale Bestimmungen und Verträge der WTO, des IWF und der Weltbank regeln den Umgang mit der Natur. Transnationale Firmen und Wirtschaftsmächte, insbesondere die USA, widersetzen sich den internationalen Regelwerken zum Schutz der Umwelt. Die Ausbeutung, Schädigung und Zerstörung der natürlichen Grundlagen und der genetischen Vielfalt können nirgends eingeklagt werden.

Globalisierung der Gerechtigkeit

Wir setzen uns dafür ein, dass in den Industrieländern – auch in der Schweiz – schnell konkrete Massnahmen ergriffen werden, um bis zum Jahr 2020 eine Reduktion der Treibhausgasemissionen um 40 Prozent zu erzielen, bis 2050 sogar um 80 Prozent. So kann ein gefährlicher Klimawandel verhindert werden. Eine solche konsequente und aktive Klimaschutzpolitik gehört in den Aufgabenbereich der Politik und kann nicht freiwilligen Initiativen der Wirtschaft überlassen werden.

Beispiele

Der Klimaschutz

1992 fand in Rio de Janeiro die Umweltkonferenz der Vereinten Nationen (UNO) statt. Damals haben die industrialisierten Staaten des Nordens die Hauptverantwortung für die globale ökologische Krise übernommen und neue Finanzmittel für eine öko-soziale Entwicklung im Süden versprochen. 1997 wurde das Kyoto-Protokoll, ein UNO-Rahmenübereinkommen zum Klimaschutz, verfasst, in dem unter anderem festgelegt wurde, den Ausstoss von Kohlenstoff (CO₂) auf dem Niveau von 1990 zu stabilisieren. Man war sich einig: Die Industrieländer mussten mit ihren deutlich höheren Pro-Kopf-Emissionen den Anfang machen. Die Schweiz hat das Protokoll im Jahr 2002 ratifiziert; die USA, China und Russland haben das Protokoll

bisher nicht ratifiziert. Sie setzen auf Wachstum, Ausbeutung und nicht auf Umbau der Industrien, auf Sparen oder die Förderung von erneuerbaren Energien, weil die Festsetzung von CO₂-Grenzwerten die wirtschaftlichen Entwicklungen zu stark einschränken würde. Internationale Übereinkommen zur Minderung der ökologischen Folgen des globalen Wirtschaftens scheitern so am Widerstand wichtiger Industriestaaten.

In diesem Zusammenhang beunruhigen zwei Tatsachen besonders:

- Ökologische Fragen spielen in der aktuellen globalisierungskritischen Diskussion nur eine untergeordnete Rolle.*
- Die Umwelt wird verhandelbar, sie soll möglichst kostenlos benutzt werden können. Kosten, die Umweltmassnahmen erfordern würden, erscheinen nicht in den Konzernrechnungen.*



III. HANDELN

Die folgenden Handlungsperspektiven bauen auf der oben vorgestellten Analyse und den beschriebenen christlich-ethischen Perspektiven auf. Als Kirche halten wir daran fest, dass die Globalisierung mitgestaltet und in Richtung auf Gerechtigkeit verändert werden kann.

Globalisierung der Gerechtigkeit kann geschehen, indem die Kirche

- die soziale Gemeinschaft stärkt
- Kooperation und Partizipation auf verschiedenen Ebenen fördert
- für soziale Sicherheit einsteht
- ausgleichende Gerechtigkeit anmahnt und selber praktiziert
- transparente demokratische Verfahren in wichtigen ökonomischen Entscheidungen verlangt
- zum Schutz der Mitwelt auffordert
- zu sinnstiftenden Erfahrungen verhilft.

Dabei wissen wir als Kirche um unsere partiellen Erkenntnisse und um unsere begrenzte Handlungsmacht. Deshalb suchen wir die Zusammenarbeit mit verschiedensten AkteurenInnen. Einerseits im permanenten Gespräch mit PolitikerInnen, WirtschaftsvertreterInnen und NGOs in unserer Region, andererseits mit globalisierungskritischen Gruppen aus der sich neu formierenden Zivilgesellschaft.

Wir stellen diese Policy zur Debatte: in der Synode, in der Zusammenarbeit der gesamt-kirchlichen Dienste mit den Gemeinden und Regionen und über das Internet.

Aus Prinzip ist unsere Kirche in zwei Richtungen, die einander bedingen, aktiv:

- Einerseits handelt sie innerhalb der eigenen Strukturen, weil nur eine sich ständig selber reformierende Kirche den Anspruch auf Veränderung gegen aussen vertreten kann.
- Andererseits formuliert sie wirtschafts- und gesellschaftspolitische Positionen und legt Strategien zu deren Umsetzung fest, um ihren biblischen, reformatorischen und ethischen Grundlagen treu zu bleiben. Dabei verfolgt sie eine Doppelstrategie: Sie arbeitet hin auf unmittelbare realpolitische Veränderungsschritte in und mit der Wirtschaft, der Politik und der Zivilgesellschaft; sie orientiert sich an den Verheissungen unserer Tradition und an den prophetischen Visionen eines gerechten Arbeitens, Wirtschaftens und Lebens für alle Menschen.

I: In der Kirche

Die Kirche verpflichtet sich, in folgenden Bereichen Schwerpunkte zu setzen:

1. Kirchliche Bildungsangebote zur wirtschaftlichen Alphabetisierung

Mit Bezug auf die Bibel und auf ethische christliche Positionen nimmt die Kirche aktuelle globale und regionale Fragen auf und reflektiert sie gemeinsam mit ihren Mitgliedern und Interessierten, damit die kirchliche Gemeinschaft handlungsfähiger wird.

2. Sozial-diakonische Arbeit

Die Kirche verstärkt ihre Beratungs- und Unterstützungstätigkeit von Menschen, die aus dem Netz sozialer und wirtschaftlicher Absicherung fallen. Die Studien- und Bildungsarbeit in den Themenbereichen «Deregulierung – Privatisierung» und «Armut – Migration» wird vertieft. Darauf baut eine kontinuierliche Lobbyarbeit auf politischer und gesellschaftlicher Ebene auf.

3. Vertiefung der Spiritualität im Kontext der Globalisierungsfrage

Im spirituellen Bereich erarbeitet die Kirche eigene Gottesdienstmodelle oder Anregungen zu bestimmten Anlässen.

4. Verstärkte Partizipation in der ökumenischen Bewegung

Die Kirche plant ihre Teilnahme an ökumenischen Prozessen der nächsten Jahre, die mit der Globalisierungsfrage zu tun haben, indem sie Delegierte, Finanzen (Beiträge, Kollekten) und inhaltliche Impulse zur Verfügung stellt. Dies betrifft insbesondere das Engagement im Rahmen

- des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes
- des Reformierten Weltbundes, z.B. im Hinblick auf die Generalversammlung 2004
- des Ökumenischen Rates der Kirchen, z.B. im Hinblick auf die Vollversammlung 2006.

5. Bedeutung von verbindlichen kirchlichen Partnerschaften

Die Kirche fördert Partnerschaften über nationale und kulturelle Grenzen hinweg und vor Ort (Migrationskirchen, interreligiöser Dialog). Diese knüpfen an bestehende Erfahrungen etwa in den Regionen Guatemala, Sri Lanka, Israel/Palästina sowie an die Arbeit der Hilfswerke und Missionen an. Es sollen Voraussetzungen geschaffen werden, damit die Kirchgemeinden in ihren Bemühungen, verbindliche Partnerschaften zu gestalten, begleitet werden können.

6. Lebensstil

Die Kirche entwickelt Modelle des Verzichts und eines genügsamen, menschen- und schöpfungsgerechten Lebensstils. Praktisches Teilen – im Blick auf die weltweite Kirche – hat eine folgenreiche theologische und finanzpolitische Implikation.

7. Kirchliche Gelder

Der Synodalrat überprüft seine Finanzpolitik und sein Budget im Hinblick auf menschengerechtes Wirtschaften. Dazu unterzieht er das Budget unter anderem einer Analyse aus Genderperspektive, um zu sehen, welche Auswirkungen die Ausgabenpolitik auf die Geschlechterverhältnisse hat und wo Korrekturen nötig sind. Der Synodalrat verstärkt seine Bemühungen, damit die Kirchgemeinden 5 Prozent des Budgets für Hilfswerke und Missionen einsetzen.



II: In der Gesellschaft

Die Kirche verpflichtet sich, in folgenden Bereichen Schwerpunkte zu setzen:

1. Kontinuierlicher Dialog mit der Wirtschaft und der Politik unserer Region

Die Kirche sucht einen kontinuierlichen Dialog mit Verantwortlichen der Wirtschaft unserer Region (Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften, weitere Organisationen) und der Politik (Behörden und Parteien), in dem diese Policy zur Globalisierung diskutiert werden soll. Sie erarbeitet eigene Positionen zu wichtigen Themenbereichen, z.B. zu Steuersystemen, Service Public, soziale Sicherheit usw., um diese kompetent ins Gespräch zu bringen.

2. Kontinuierlicher Dialog mit der globalisierungskritischen Bewegung

Parallel zum Dialog mit Wirtschaft und Politik steht die Kirche in unserer Region in einem kontinuierlichen Dialog mit der globalisierungskritischen Bewegung. Dabei kann die erarbeitete Policy einfließen und eine punktuelle Zusammenarbeit angestrebt werden, z.B. durch

- Mitarbeit an Sozialforen (schweizerisch, international)
- Mitgestaltung von regional angesiedelten Debatten im Umfeld des World Economic Forum.

3. Auseinandersetzung mit Gewalt

Unsere Kirche engagiert sich in der Dekade des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) zur Überwindung von Gewalt. Auch in der Auseinandersetzung mit der Globalisierung sucht sie Wege zur Überwindung jeglicher Gewalt, manifestiere sich diese in Formen struktureller ökonomischer Gewalt oder in Gewaltanwendung auf der Strasse. Die politischen Mittel der Kritik dürfen diesem gewaltlosen Ansatz nicht widersprechen, deshalb steht die Kirche ein für friedliche Kundgebungen als eine Protestform.

4. Förderung von neuen Wirtschaftsformen, Ansätze zu grundsätzlichen Alternativen

Aufgabe der Kirche ist es, neue Formen des Wirtschaftens in unserer Kirche und in unserer Region zu identifizieren, zu vernetzen, zu fördern oder auch zu entwerfen. Dabei kann es sich um alternative Produktions- und Kreditvereinigungen handeln, um Betriebe biologischer Landwirtschaft mit besonderen Produkten, um kleinräumige Solidar- und Tauschsysteme, um Lebens- und Arbeitsformen, die auf die faire Verteilung von Lohn- und Reproduktionsarbeit zwischen den Geschlechtern ausgerichtet sind. In einem solchen systematisch zu erarbeitenden Prozess wird deutlich, dass wir gemeinsam mit anderen – und vielleicht vor allem im Lernen von anderen – längst schon unterwegs sind zu einer lokal verwurzelten Globalisierung der Gerechtigkeit.



Reformierte Kirchen
Bern–Jura–Solothurn
Églises réformées
Berne–Jura–Soleure

*Reformierte Kirchen
Bern–Jura–Solothurn
Postfach
3000 Bern 23*

*Tel. 031 370 28 28
Fax 031 370 28 90
zd@refbejuso.ch
www.refbejuso.ch*